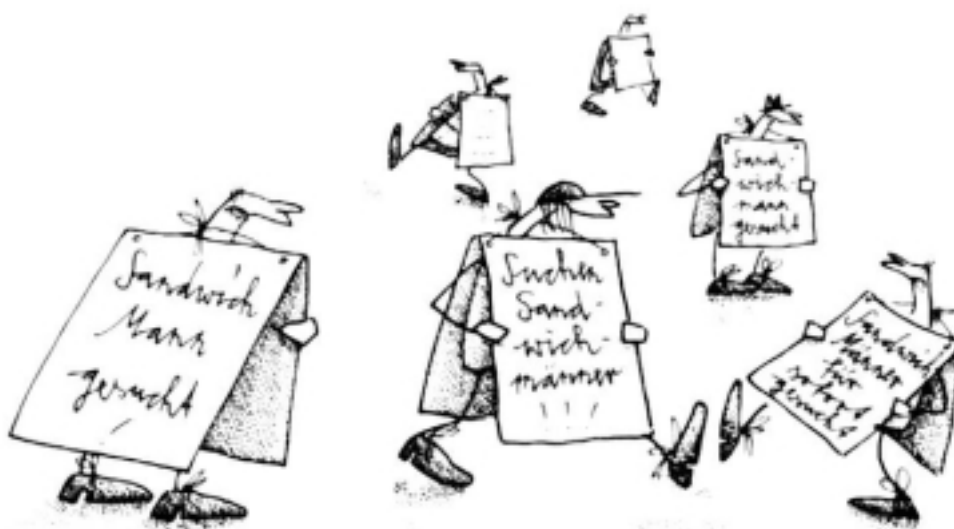


Wir-eG statt Ich-AG !

Strategien der Wirtschaftlichen Selbsthilfe diesseits von Markt und Staat

Vorschläge der Projektgruppe Wir-eG statt Ich-AG, bei attac-Berlin

Reader zum Workshop Perspektivenkongress 14.-16. Mai 2004, TU Berlin



Inhalt

Wir-eG statt Ich-AG: Was wir wollen.....	3
Solidarkapital als Ergebnis und Grundlage autonomer ökonomischer Projekte diesseits von Markt und Staat	4
Die neoliberalen monetären Teufelsspiralen	4
Deutschland und der Sozialstaat.....	4
Alternativen	5
Solidarkapital als Ausweg?	5
Organisationsform	6
Genossenschaften	6
Zur aktuellen Situation der Genossenschaften.....	8
Schlussbemerkung	8
Literatur.....	8
Die Position der Europäischen Kommission zu Genossenschaften	10
Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeit	11
Grundzüge einer bedürfnisorientierten Ökonomie.....	13
Subsistenz- und Lohnarbeit – zwei Seiten derselben Medaille.....	13
Modelle einer Gemeinwesenökonomie	14
Konkrete Formen dezentraler Ökonomie	15
Interkulturelle Gärten als Beispiel für intelligente Selbstversorgung	15
Literatur.....	16
Der Internationale Genossenschaftsbund – Stellungnahme zur genossenschaftli- chen Identität	18
Definition	18
Werte.....	18
Grundsätze.....	18

Wir-eG statt Ich-AG: Was wir wollen

Ein Teil von uns arbeitet in der attac-AG Ökonomisierung mit. Manche sind in Zusammenhängen von kollektiver Selbsthilfe aktiv. Einige wohnen genossenschaftlich. Gemeinsam ist uns, dass wir lebbarere Alternativen zum propagierten ad-hoc-Selbsternternehmung (gipfelnd in der Figur der „Ich-AG“) sehen. Wir kritisieren konkret den Arbeitszwang zum Niedriglohn – die In-Wertsetzung der Wert-losen - und grundsätzlich die Aufrechterhaltung jener sozialen Abstraktion „Arbeit“ und „Arbeitsgesellschaft“.

Zunehmend spüren wir selbst den Druck, Geld zu verdienen – als wandelnde Rostgrillwurstverkäufer? Alternativen müssen untersucht, verhandelt und politikfähig gemacht werden. Wir sehen uns in der breitgefächerten Berliner Landschaft der Selbsthilfe und Eigenökonomie um. Dort tummeln sich alte und junge Genossenschaften, Hausprojekte, Tausch- und Gratisringe, Subsistenzprojekte wie „urban gardening“, nichtkommerzielle Einkaufsgemeinschaften, Initiativen für freie Entwicklung und Tausch von Software.

Sind sie der Kern einer neuen Sozialen Ökonomie (französisch: „économie solidaire“), ein am Gemeinwesen orientierter 3. Sektor neben Markt und Staat, der noch aus dem Odium der Schattenwirtschaft heraustreten muss?

Oder sind das „hoffnungslos defensive Subsistenzversuche... auf der verbrannten Erde der Marktwirtschaft...“, gesellschaftlich isoliert, ohne weiterreichende Emanzipationsperspektive, ...auf extrem niedrigem Niveau der Vergesellschaftung, Funktionsteilung und Produktivität; im Gegenteil - leicht instrumentalisierbar für Strategien der Krisen- und Armutsverwaltung ...“; wie es die krisis-Gruppe sieht (verkürzt zit. aus: Feierabend. Elf Attacken gegen die Arbeit. Hamburg 1999)?

Wo stehen die Projekte heute, wenn der Wind wechselnd bläst: Fördermittel für Soziale Ökonomie aus Brüssel einerseits, Hartz I-IV andererseits...? Welches gesellschaftliche Klima und welche Rahmenbedingungen brauchen sie, um zu wachsen?

Wenn wir den „Fetisch Arbeit“ mit den Verhältnissen auf den Arbeitsmärkten hinterfragen, eingeschlossen den Antagonismus von Massenarbeitslosigkeit und individualisiertem Erwerbszwang, kommen wir logisch zur Seite der Nachfrage von Waren und Leistungen. Konkret wollen wir Konsumgenossenschaften als eine preiswerte, bedürfnisorientierte Alternative diskutieren.

Diesem Anliegen soll der Workshop dienen. Eine Dokumentation der Ergebnisse soll folgen.

Mitglieder der Projektgruppe:

Kristina Bayer
Didier Dupuis
Wolfgang Fabricius
Jürg Schwarz
und weitere

Treffpunkt, Zeit + Ort:

1. und 3. Donnerstag im Monat (im Wechsel mit attac-AG Ökonomisierung), ab 19.30 Uhr.
Ort: attac-Café in der Dieffenbachstraße 64, Berlin-Kreuzberg.

MitstreiterInnen sind stets willkommen!

Es gibt eine Mailingliste für Diejenigen, die zumindest bei einem Treffen dabei waren.

Kontakt:

www.oekonomisierung.de Juerg_Schwarz@web.de

Solidarkapital als Ergebnis und Grundlage autonomer ökonomischer Projekte diesseits von Markt und Staat

Wolfgang Fabricius
Stand: 10.05.2004

Die neoliberalen monetären Teufelsspiralen

Die neo(feudale, vulgär)liberale Globalisierung hat die einzelnen Nationalstaaten u.a. in Bezug auf Kapitalanleger in extreme Konkurrenz zueinander gedrängt. Trotz weiterbestehender allgemeiner Verpflichtungen der Staaten zur Daseinsvorsorge (mit Verabschiedung und Inkrafttreten der Europäischen Verfassung wird allerdings die Daseinsvorsorge in die Hände der Europäischen Kommission gelegt!) werden standortsichernde Steuergeschenke erforderlich, um konventionelle Arbeitsplätze zu erhalten. Diese Steuergeschenke führen zu Haushaltslöchern, die eine Verschuldung unausweichlich erscheinen lassen. Im Laufe der Zeit türmen sich jedoch so hohe Zinslasten auf, dass dadurch immer weitere Neuverschuldungen notwendig werden, mit denen sich schließlich, (wie bereits 2003 geschehen!) noch nicht einmal mehr die Zinsen für die Altschulden abdecken lassen. Ist der Zins das Krebsgeschwür des Kapitalismus? [Sikora]

Die Verschuldung des jeweiligen Staates bürdet den Bürgern immer höhere Abgaben in Form von Steuern und Zuzahlungen auf, die diese ebenfalls in die Verschuldung treiben. Hinzu kommt, dass die Privathaushalte mit stetig steigender Tendenz hohen Zinslasten ausgesetzt sind (Müll mit etwa 12%, Trinkwasser mit etwa 38%, Mieten mit bis zu 77% [Kenndy]). Im Mittel sind alle Ausgaben schon jetzt mit über 40% Zinsen belastet [Creutz]. Deshalb mussten im letzten Jahr bereits 34.000 private Haushalte ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und im Januar diesen Jahres stiegen die Insolvenzen privater Haushalte um 12% gegenüber dem Vorjahresmonat.

Auch die Konzerne, und sogar die multinationalen unter ihnen, befinden sich in extremer Abhängigkeit von den Geldanlegern des globalen Finanzkapitals. Selbst durch ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität lässt sich ausreichende Konkurrenzfähigkeit immer wieder nur vorübergehend erreichen. Viele von ihnen sind deshalb ebenfalls zur Aufnahme immer weiterer Kredite gezwungen und landen letztendlich im Konkurs oder müssen insgesamt oder in Teilen mit anderen Unternehmen fusionieren. So waren 2003 in Deutschland 39.000 Unternehmenspleiten zu verzeichnen, 4,6% mehr als im Jahr davor.

2003 wurden von den deutschen Banken Zinsen in Höhe von 391 Milliarden Euro eingenommen, das sind etwa 1,1 Milliarden Euro pro Tag und für jeden Bundesbürger pro Monat über 400 Euro. Mit anderen Worten: 2003 sind 391 Mrd. Euro von den Schuldnern zu den Wucherern und Spekulanten gewandert, Verschuldung und Geldvermögen sind um 391 Mrd. (6,5%) gestiegen und damit stehen 2004 auf beiden Seiten 6,4 Billionen Euro zum gleichen höllischen Spiel bereit: Monetäre Teufelsspiralen aufwärts wie abwärts! Bereits 90% der privaten Haushalte Deutschlands haben höhere Zinsbelastungen als Zinsgewinne, 1990 waren es "erst" 80%! [Creutz].

Deutschland und der Sozialstaat

Zur Frage, warum die Bundesrepublik Deutschland ein Sozialstaat sei, äußerte Jürgen Borchert im Workshop zur "Bürgerversicherung" auf dem attac-Kongress zur Agenda 2010 am 28.02.04 in Berlin: In den Gründerjahren der Bundesrepublik habe man ausgerechnet, dass die Versicherten mit den Beiträgen aus den Sozialversicherungen in wenigen Jahren über Summen verfügen würden, die sie in die Lage versetzten, die gesamte deutsche Industrie aufzukaufen. Das musste durch den Staat verhindert werden und ein sogenannter Sozialstaat entstand, der sich - wie wir heute sehen können - auch gegen den Bürger einsetzen lässt.

Das dennoch eingetretene sogenannte Wirtschaftswunder Deutschlands und der daraus resultierende relative Reichtum (Privateigentum: 7,8/9.6 Billionen Euro, das sind 205.000/244.000 Euro pro Privathaushalt [Busch]) beruht auf einem unerwartet intensivem Qualifizierungs- und darauf beruhenden Rationalisierungsboom. Erst 1900 war in Deutschland die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden und 1870 hatten nur 1% der laufenden Jahrgänge das Abitur, 1960 waren es dann schon 8,8% der laufenden Jahrgänge und 2000 etwa 30%. Die Arbeitsproduktivität ist parallel dazu laut OECD in Deutschland in den letzten 50 Jahren um über 700% gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen hat um 50% zugenommen [Dettmer].

Erst in den 80er Jahren kam es dann durch eine zunehmende "Umverteilung von Unten nach Oben" zu einer extremer Schiefelage des Reichtums auch in Deutschland: die Reichen wurden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Dem exponential wachsenden Geldvermögen von über 6 Billionen Euro (Staat 7%, Unternehmen 33%, Privathaushalte 60%) steht spiegelbildlich eine in gleicher Weise wachsende Verschuldung gegenüber (Staat 22%, Privathaushalte 26%, Unternehmen 52%). Wie ist unser Bewusstsein strukturiert, dass wir das mit uns geschehen lassen.

Etwa 3 Millionen Privathaushalte sind überschuldet und 2 Millionen Erwerbstätige - mit deren Familienangehörigen sogar 5 Millionen Menschen - leben unter der Armutsgrenze. Damit befinden sich über die Hälfte der acht bis neun Millionen Arme in einem Erwerbstätigenhaushalt [Henkel]. Trotzdem geistert der Mythos des Angstsparens hartnäckig durch alle Medien. Aber: Die, die kaufen können, haben schon alles und denen, die kaufen würden, fehlt das Geld. Ignorant, wie unsere Regierung zu sein scheint, will sie sich "bei den kleinen Leuten" das Geld holen, "um die Wirtschaft zu sanieren".

Wenn wir aber über den gesamten Reichtum, der wir in den letzten 50 Jahren in Deutschland geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, wäre unsere Daseinsvorsorge für die nächsten 50 Jahre bestens gesichert.

Alternativen

Als Wege, auf regionaler/nationaler Ebene aus dieser Schuldenfalle herauszukommen, werden bei attac und dessen Umfeld diskutiert:

1. eine Besteuerung, die diesen Geldstrom von Arm nach Reich umkehrt oder zumindest neutralisiert (z.B. Tobinsteuer, Vermögenssteuer),
2. eine Reduzierung bzw. Verbot der Zinsen,
3. Existenzgeld,
4. Regionalwährungen und/oder
5. den Zinsfluss durch den Aufbau einer autonom organisierten wirtschaftlichen Selbsthilfe tendenziell zum Versiegen zu bringen.

Zur Zählung der Währungsspekulation auf den globalen Finanzmärkten wurde von attac zwar vehement eine Tobinsteuer gefordert, ließ sich aber bis heute nicht durchsetzen. Eine Herabsetzung der Zinsen, Existenzgeld, etc. sind andere utopische Vorstellungen und Appelle, die jedoch wohl noch geringere Chancen der Realisierung als eine Tobinsteuer haben. Die Einführung von Regionalwährungen, die die Doppelfunktion des Geldes auf das Tauschmittel reduzieren [Kennedy, Schulze] wurde zwar immer wieder versucht, muss aber wohl selbst unter dem Aspekt des heute problemlos zu realisierenden elektronischen Geldes in Ballungsräumen seine Bewährungsprobe bestehen. Dabei sollte der Versuch, Konsumgenossenschaften mit dem Regiogeld, insbesondere in seiner elektronischen Form, zu verbinden, unbedingt unternommen werden, obwohl jede Genossenschaft mit elektronischem Geld (z.B. KonsumCard des Konsums Berlin) letztendlich auch das Element der Regionalwährung einschließt. Über eine Regionalwährung hinaus muss wohl zusätzlich ein autonomer finanzieller Raum geschaffen werden, kein privater, sondern ein gesellschaftlicher, solidarischer, ein Solidarkapital.

Die fortschreitende Automatisierung setzt dramatisch Arbeitsplätze frei (in Deutschland etwa 1 Million allein in den letzten drei Jahren). Dennoch wird das Ziel der Vollbeschäftigung zwar öffentlich propagiert, obwohl es inoffiziell längst stillschweigend aufgegeben wurde. Der Heimarbeitsplatz wird immer häufiger einzurichten sein. Dabei sollte versucht werden, "Arbeit und Freizeit zu einem Wirtschaften und Arbeiten für ein gemeinsames Eigenes zusammenzuführen. ... Das Ziel ist, Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben wieder zu verbinden mit der Absicht, eine gute und sich möglichst verbessernde Lebensqualität auf der Basis einer vernetzten und selbstbestimmten Selbstversorgung für alle herzustellen ... und so schrittweise dem heutigen Markt Zeit, Geld und Kraft zu entziehen." [Möller]. Den globalen Finanzmärkten sollte über autonome, ökonomische, Solidarkapital bildende Projekte im Stillen das Wasser abgegraben werden. Entscheidend ist finanzielle Unabhängigkeit, nicht auf die "Brosamen vom Tisch des Herrn" [Kurz] angewiesen zu sein. Die Bildung von Solidarkapital kann z.B. erfolgen in Form von gemeinschaftlichem Eigentum an Wohnraum, Aufbau einer Einkaufsinfrastruktur, einer nicht profitorientierten zinsgünstigen bis -freien Finanzierung durch private Kleinkredite als Geschäftsanteil etc..

Solidarkapital als Ausweg?

Bereits Marx und Engels schreiben im "Kommunistischen Manifest": "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, dass er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, **so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.** [Marx/Engels 1847/48]". Leider wurde dieser Zweig der kapitalistischen Ausbeutung von ihnen nicht weiter verfolgt, sondern im Gegenteil, von Projekten dieser Art, den Konsumvereinen oder -genossenschaften, die als "Dritte Säule der Arbeiterbewegung" bezeichnet wurden, haben sie nachhaltigst abgeraten [z.B. Marx 1867, Engels 1871].

Früher war die soziale Umverteilung Sache der Nationalstaaten, heute werden, wie bereits erwähnt, die Nationalstaaten gegeneinander ausgespielt. Eine soziale Umverteilung könnte also nur auf globaler Ebene erfolgen, aber dort fehlt jedes dazu geeignete Instrumentarium. Der einzig wirksame Ausweg dürfte darin bestehen, das Geld nicht mehr auf die glo-

bale Ebene zu entlassen, sondern es regional in Form eines Solidarkapitals zu fixieren und gemeinschaftlich zu verwalten [Elsen 2003] und damit aus finanzieller und staatlicher Abhängigkeit herauszukommen [Möller].

Der Fluss des Geldes, zumindest des Verbrauchers, über die Banken auf die globalen Finanzmärkte muss also umgeleitet werden, muss lokal von den Bürgern selbst solidarisch verwaltet werden. Die Profitorientierung, die zur Bedarfsweckung, zu Ex-und-hopp-Produktion, zur Externalisierung der Kosten, zur Verschuldung, zu Exportüberschüssen etc. führte, wird damit zumindest mittelfristig auf eine individuelle Bedarfsdeckung zurückgeführt. Die Bürger nehmen die Regie über das Management der Dienstleistungen und die Verteilung ihrer Lebensmittel und "Bedarfsgegenstände" und schließlich vielleicht auch deren Produktion selbst in die Hand.

Es geht um die selbstbestimmte Nutzung der Potentiale der Bevölkerung, die Erhaltung des Sozialen Kapitals und die Sicherung, Nutzung und Schaffung dessen, was Menschen zum Leben brauchen. Dazu gehören ein Dach über dem Kopf, Grund und Boden, eine existenzsichernde Arbeit, eine angemessene Infrastruktur, sauberes Wasser etc." [Elsen 2003].

Organisationsform

Michael Albert, Autor des amerikanischen Bestsellers "Parecon" bemerkt zur Problematik sich zu organisieren: "Ich bin der Meinung, manche Leninisten sind nur deshalb Leninisten, weil ihnen die Struktur, die Haltung, persönlich entgegenkommt ..., und nicht, weil sie den Leninismus als letzte Rettung ansehen. Manche scheinen sogar regelrecht nach einem Ansatz mit politischen und ökonomischen Hierarchien Ausschau gehalten zu haben Umgekehrt muss ich zugeben, manche von uns Anti-Leninisten beziehen ihre Haltung aus einer persönlichen Abneigung gegenüber Organisationen, gegenüber sozialer Verantwortung und Regulation. ... Und so porträtieren sich die Lager wechselseitig: auf der einen Seite Roboter-Regimenter, auf der andern verantwortungslose Hans-Guck-in-die Lufts." [Albert]

Trotz aller Basisdemokratie werden bei wirtschaftlicher Selbsthilfe über kurz oder lang größere Geldflüsse und wachsendes Solidarkapital zu verwalten sein und es dürfte - wegen der gesamtschuldnerischen Haftung in einer Personengesellschaft (GbR) - sehr ratsam sein, eine juristische Person zu gründen. Als Organisationsform eignen sich, um alle Mitglieder mit prinzipiell gleicher Einflussmöglichkeit auszustatten, nur der Verein oder die Genossenschaft (als Sonderform des Vereins). GbR, GmbH und AG können nicht als basisdemokratische Organisationen angesehen werden, da hier in der Regel, der Einlage der Mitglieder entsprechend, quotiert abgestimmt wird. Für Non-Profit-Unternehmen und kleinere Projekte

Beschlussorgan der Genossenschaft ist die Mitgliederversammlung, ausführendes Organ die Geschäftsführung. Eine Art "Supervising" ist Aufgabe des Aufsichtsrats. Kontrollorgan und Steuerberatung macht der Genossenschaftsverband, der auch überregionale Vernetzungen vorantreiben kann. Wegen dieser u.U. bürokratisch anmutenden Struktur genießt jedoch die Genossenschaft eine hohe Kreditwürdigkeit bei Mitgliedern und Öffentlichkeit.

Genossenschaften

Bereits 4 Jahre früher, vor genau 160 Jahren hatten die "redlichen Pioniere von Rochdale" die Vision einer unabhängigen, kooperativen Gemeinschaft, die den Menschen eine Alternative zu Arbeitslosigkeit, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Bildungsmangel und Armut bieten sollte, in die Praxis umgesetzt, indem sie die erste Genossenschaft mit stabiler Struktur gründeten. Das Leitbild und die Praxis der Rochdaler Pioniere wurden zum politischen Fundament der internationalen Allianz der Kooperativen und haben bis heute zukunftsweisenden Charakter. Das Rochdaler Modell ist gleichzeitig auch aktuelles Vorbild für die Gestaltung gemeinwesenökonomischer Lösungen. Die Genossenschaftsprinzipien

- Identitätsprinzip,
- Freiwillige und offene Mitgliedschaft,
- Demokratische Willensbildung,
- Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder,
- Autonomie und Unabhängigkeit,
- Ausbildung, Fortbildung und Information,
- Kooperation mit anderen Genossenschaften und
- Vorsorge für die Gemeinschaft der Mitglieder

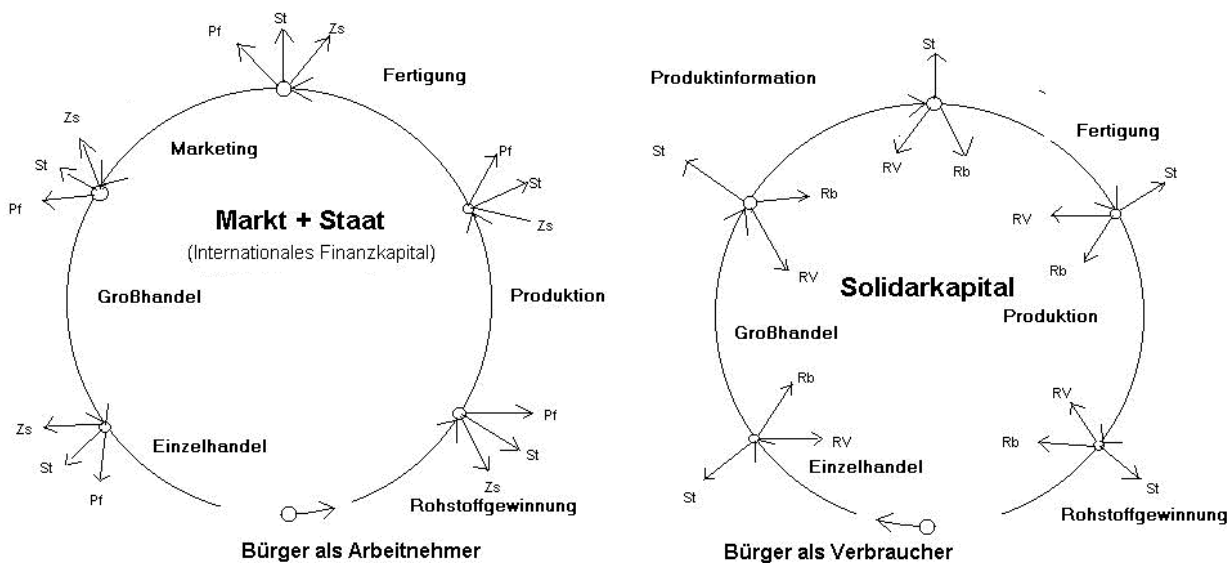
wurden aus der Arbeit der Rochdaler Pioniere abgeleitet, gesetzlich festgeschrieben und zu einer weltweit weitgehend kompatiblen Organisationsform ausgebaut. [Mersmann]

Primär sind Genossenschaften Formen der Selbsthilfe, in denen der Markt für die Beteiligten ausgeschaltet wird [Elsen 1998]. Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften z.B. der Mieter über Wohnungsbauvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Vermieter, der Konsument über Konsumvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Krämer/Händler/Produzent, der Schuldner /Kreditnehmer über Genossenschaftsbanken sein eigener (kollektiver) Gläubiger/Kreditgeber wird.

Produktivgenossenschaften erfüllen das wichtigste Prinzip, das der Identität, nicht und sind zudem nicht auf der Nachfragerseite, also diesseits des kapitalistischen Marktes, sondern auf der Anbieterseite, jenseits dieses Marktes angesiedelt und damit über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt (s. Oppenheimersches Transformationsgesetz! [Novy]). Ob sie ohne das Identitätsprinzip überhaupt als Genossenschaft anerkannt werden sollen, wird bezweifelt. Allerdings drängt der Gesetzgeber das Genossenschaftsgesetz aufgrund seiner neoliberalen Ausrichtung immer weiter in Richtung Aktiengesellschaft, in der das Identitätsprinzip völlig unbekannt ist.

Wirtschaftliche Selbsthilfe soll den Bürger in die Lage versetzen, sich Schritt für Schritt der profitorientierten Produktion zu entziehen, indem er sich als Verbraucher organisiert und angefangen bei der Distribution Schritt für Schritt, Produkt für Produkt bzw. Dienstleistung für Dienstleistung, vom Einzelhandel bzw. Endanbieter über den Großhandel eine bedarfsorientierte Produktion unter seiner Regie ansteuert. Sie kann regional autonom in Miniprojekten begonnen werden und ist bei Bedarf jederzeit in der Lage, mit gleich orientierten und strukturierten Projekten regional, überregional oder auch global zu kooperieren.

Statt an Staat, Versicherungen und Banken Zinsen, Steuern und Profite abzuführen, wird über Rabatte und Rückvergütungen (Überschüsse werden an die Mitglieder nach Inanspruchnahme der von der Genossenschaft angebotenen Leistungen ausbezahlt, wenn sie nicht als Löhne etc. benötigt werden) ein gemeinschaftlich zu verwaltendes Solidarkapital geschaffen, das für weitere Übernahmen von Dienstleistungs- und Produktionsbereichen herangezogen werden kann. Die immensen Belastungen der Preise durch Imagepflege und Werbung (bis zu 85%) werden durch eine sachgerechte Produktinformation ersetzt. (s. Abb.)



St: Steuer
Pf: Profit
Zs: Zinsen
Rb: Rabatte
RV: Rückvergütung

**Regie über die Produktion -
verbraucher- und profitgesteuert**

W. Fabricius, Berlin, 04.03.04

Ob die Genossenschaft sich auf das Mitgliedergeschäft beschränkt, oder auch Nichtmitglieder versorgt, muss von der Mitgliederversammlung entschieden werden. Das Mitgliedergeschäft unterliegt nicht unbedingt den üblichen Marktgesetzen, sondern, wenn Mitglieder für andere Mitglieder gegen Rabatte etwas einkaufen, leisten oder herstellen, ist das kein Handel und kein Gewerbe. Es wären somit auch keine Umsatz-, Gewerbe- und Mehrwertsteuern fällig, die allerdings von Nichtmitgliedern, so mit ihnen Geschäfte getätigt würden, verlangt werden müssten. Auch Gesundheitspässe und geeichte Waagen könnten, zumindest anfangs, beim reinen Mitgliedergeschäft entfallen.

Zur aktuellen Situation der Genossenschaften

Genossenschaften haben im In- und Ausland eine bis weit in das vorletzte Jahrhundert hineinreichende Tradition und - in tausenden von Ausprägungen eines einheitlichen Grundmusters - heute weltweit Hunderte von Millionen Mitgliedern

- in Deutschland 20 Mio. [Herweg],
- in den USA etwa 47.000 Genossenschaften mit etwa 100 Mio. Mitgliedern [Blum],
- in Europa über 300.000 Genossenschaften mit 2,3 Mio. Arbeitsplätzen und 140 Mio. Mitgliedern [Kommission der EU],
- in Indien 504.000 Genossenschaften mit über 200 Mio. Mitgliedern [Sisodia].

Sie spielen, nachdem Parteien und Gewerkschaften den Sozialstaat nicht dauerhaft retten konnten auch in der gegenwärtigen politischen Diskussion wieder eine zentralere Rolle.

1. **Genossenschaftsbanken** sind in Deutschland mit 14 Millionen Mitgliedern am stärksten vertreten. Groteskerweise mokiert sich Henrik Müller, Redakteur bei "manager magazin" und Autor des Buches "Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik" über die Probleme der privaten Banken in Deutschland, die unter den über Jahrzehnte extrem niedrigen Zinsen leiden. Eine wesentliche Ursache sei, dass das Kreditgeschäft in Deutschland von Sparkassen und Genossenschaftsbanken dominiert werde (Marktanteil 75%). "Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen werden durch den Staat in die Lage versetzt, sich extrem günstig zu refinanzieren - im Zweifel stehen die Steuerzahler für Ausfälle gerade. Die **Genossenschaftsbanken verfolgen keinen Gewinnzweck - entsprechend eng können sie ihre Margen kalkulieren.**" [Müller]. Offensichtlich ist es in unserem Wirtschaftssystem ehrenrührig, keinen Profit zu machen, da derartige Projekte ja marktbestimmend werden könnten.
2. **Wohnungsbaugenossenschaften** haben in Deutschland etwa 3,2 Millionen Mitglieder. In Berlin werden mehr als 180.000 Wohnungen (**über 10% des gesamten Wohnungsbestandes**) von über 80 Wohnungsbaugenossenschaften verwaltet. Eine - trotz aller zweifelsohne existierender schlechter Beispiele - durchaus positive Entwicklung, da die konventionellen Mieten sich ja zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, obwohl die meisten der Häuser und Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte bereits mehrfach abbezahlt sind und nur noch Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Betriebskosten zu finanzieren wären.
3. **Konsumgenossenschaften** haben in Deutschland etwa 1 Million Mitglieder. Unter diesen hat die Coop Schleswig-Holstein den größten Umsatz und ist im Lebensmittel-Einzelhandel über **250 mal in Nord-, Ost- und Süddeutschland mit Super- und Verbrauchermärkten, SB-Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern** präsent.
4. In der Schweiz sind mehr als 2/3 der Haushalte Mitglied in der Konsumgenossenschaft "Migros", die einen mit Aldi-Nord vergleichbaren Umsatz hat.

Schlussbemerkung

Bisher sind bei attac, in dem sich Revolutionäre, Reformer und Autonome tummeln, die Aktivitäten hauptsächlich darauf gerichtet, über eine Mobilisierung der Öffentlichkeit auf nationaler wie globaler Ebene eine Korrektur des bestehenden ausbeuterischen Produktions- und Dienstleistungssystems, eine Reregulierung zu bewirken. Auch eine Regionalisierung allerdings - im Anbieter- und nicht im Nachfragerbereich - wird diskutiert. Zu berücksichtigen dabei wäre, **dass uns als Verbraucher im Bereich unserer Reproduktion mehr Geld verloren geht, als wir als Arbeitnehmer im Produktionsbereich kurz- bis mittelfristig dazugewinnen können.** Das heißt nicht, dass wir unsere politischen Aktivitäten im Arbeitnehmerbereich reduzieren können, sondern dass wir auch Aktivitäten im Verbraucherbereich entfalten sollten: wirtschaftliche Selbsthilfe auf der Nachfragerseite neben der Korrektur der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Anbieterseite, Wir-eG's statt Ich-AG's!

Literatur:

1. Michael Albert: Parecon. Life After Capitalism, Verso Books, London 2003, 312 Seiten, 29.00 Euro, ISBN 1-85984-698-X
2. Kai Blum: Genossenschaften in den USA: <http://www.auswandern.us/genossenschaften.html>
3. Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Econ Taschenbuch, 5. Auflage, 2001, vergriffen, aber unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/doc/geldsyndrom.doc> abrufbar.

4. Markus Dettmer: Schöne neue Arbeitswelt in: Das Jahrhundert des Kapitalismus - 3. Die Moderne Fabrik. Der Spiegel 26, 1999, S. 119-128 <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,28953,00.html>
5. Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der "Globalisierung". Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6, AG SPAK-Bücher, 1998 http://www.leibi.de/takaoe/84_20.htm
6. Friedrich Engels: Das Auftreten Mazzinis gegen die Internationale. Il libero Pensiero, 1871, http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_390.htm
Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171
7. Gabi Henkel: Voll berufstätig und dennoch arm. Allgemeine Zeitung, 21.04.04, http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=1426163
8. Vera Herweg: Können Genossenschaften als Gemeinschaften bezeichnet werden? Westfälische Wilhelms-Universität - Münster, Institut für Soziologie, Seminar 'Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsbildung' Prof. Matthias Grundmann Wintersemester 2001/02. http://www.uni-muenster.de/Gemeinschaftsforschung/Genossenschaften_%20als_Gemeinschaften_Vera_Herweg.pdf
9. Margret Kennedy: Regio ergänzt Euro. Zukünfte 13, 46, 9-15, 2004
10. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, die Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. 23.2.2004, Brüssel, http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0018de01.pdf
11. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des 'Marxismus' <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>
12. Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen. The International Courier, 1867, http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm
13. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22
14. Arno Mersmann: Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung. In: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985.
15. Carola Möller: Anderes Wirtschaften und Arbeiten - Nachdenken über alternative Formen gemeinsamer Selbstversorgung. Beilage Feminismus in junge Welt vom 3.3.2004, <http://www.jungewelt.de/beilage/index.php?id=427>
16. Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004, als stark gekürzte Fassung eines Kapitels aus seinem Buch "Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik", <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,druck-289395,00.html>
17. Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985. <http://www.utopie1.de/novy/>
18. Joachim Sikora: Warum müssen wir uns mit dem Thema Geld befassen? Zukünfte 13, 46, 4-8, 2004
19. S.S. Sisodia: Die Genossenschaftsbewegung in Indien: Probleme und Herausforderungen. <http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-01/Deutsch-7.html>

Die Position der Europäischen Kommission zu Genossenschaften

Extrakt aus:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa.

23.2.2004, Brüssel

http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0018de01.pdf

In der Europäischen Union gibt es mindestens 300 000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.

... Viele und erfolgreiche Genossenschaften sind heutzutage ... etwa im Bank- und Versicherungswesen, im Lebensmitteleinzelhandel, im Apothekenwesen und in der Landwirtschaft (tätig). Im Gesundheitswesen, im Bereich unternehmensbezogene Dienstleistungen, im Bildungssektor und im Wohnungswesen verzeichnen sie ein starkes Wachstum.

... Die Kommission ist der Auffassung, dass das Potenzial der Genossenschaften bisher nicht voll genutzt wurde und dass ihr Image auf nationaler und auf europäischer Ebene verbessert werden sollte. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auch den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern gewidmet werden.

... die Kommission (hat) festgestellt, dass die Genossenschaften einen positiven und zunehmend wichtiger werdenden Beitrag zur Erreichung zahlreicher gemeinschaftspolitischer Ziele leisten, etwa auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik, der sozialen Eingliederung, der Regionalentwicklung und der Entwicklung des ländlichen Raums sowie der Landwirtschaft. Die Kommission ist der Auffassung, dass dieser Trend unterstützt und dass die Teilnahme der Genossenschaften an verschiedenen Programmen und Maßnahmen der Gemeinschaft stärker genutzt und gefördert werden sollte.

... Genossenschaften sind moderne und dynamische Unternehmen mit einem großen Potenzial. Auf sie entfallen in den Niederlanden 83 % der landwirtschaftlichen Produktion, in Frankreich 50 % und in Zypern 37 % der Bankdienstleistungen, in Finnland 35 % des Lebensmitteleinzelhandels, in Spanien 21 % des Gesundheitswesens und in Schweden 60 % der Forstwirtschaft."

Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeit

Kristina Bayer

Das weitreichendste politische Ziel wirtschaftlicher Selbsthilfe ist die Existenzsicherung **jenseits der Lohnarbeit**.

Die Lohnarbeit stellt in der jetzigen gesellschaftlichen Regulationsform den Zugangsschlüssel zu sämtlichen sozialen und kulturellen Ressourcen dieser Gesellschaft dar. Obwohl es über breite Interessengruppen hinweg einen Konsens gibt, nach dem eine Vollbeschäftigung auch in den hochindustrialisierten Ländern nicht mehr zu erreichen ist¹, wird politisch in Kauf genommen, dass ein wachsender Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (perspektivisch werden es ca. 2/3 sein) zu der Masse der weltweit aus dem System „Herausgefallenen“ gehören wird.²

Das Problem der strukturellen Massenarbeitslosigkeit ist m.E. nur durch die Entwicklung von Wegen einer hinreichenden Bedarfssicherung **jenseits** der Lohnarbeit zu lösen.³

Wenn Arbeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen wesentlich darin besteht, immer mehr unnötige Dinge für immer weniger Lohn zu produzieren, die sowohl die innere wie die äußere Natur des Menschen zerstören, wird es zunehmend sinnlos, „Arbeit für alle“ zu fordern.

Die Aneignung eigenen Lebens bedeutet in ihrer Konsequenz die Rückeroberung gesellschaftlicher und individueller Räume im Interesse der Abbildung einer Gesellschaft, die über die gegenwärtige hinausweist.⁴

Bereits zum gegenwärtigen Stand der technologischen Entwicklung ist deutlich, dass durch allein 5 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche eine hinreichende Existenzsicherung (im Sinne von monetärem Einkommen) möglich wäre.

Vorausgesetzt allerdings, es gäbe einige sehr grundlegende Veränderungen in Bezug auf die Organisation des Geldflusses, die Produktion und Herstellung von Bedarfsgütern, die Energiegewinnung sowie die allgemeine Sozialpolitik.

D. Dante (Dante 1992⁵) hat mit Zahlen von 1988 nachgewiesen, dass wir mit dem gleichen Luxus und Lebensstandard wie 1989 nur 5 Stunden Arbeit pro Woche zu leisten brauchen

Jetzt:	40 h pro Woche
Abzug aller geldwirtschaftlichen Tätigkeiten (-12,43 h)	27,57 h
Abzug geldwirtschaftlicher Tät. in anderen Bereichen (-8,97 h)	18,6h
Arbeitseinsparung durch langlebige Güter (-6,2 h)	12,4h
Einsparung durch andere Strukturen	10,08 h
Beenden der Energieverschwendung	9,78 h
Einbeziehen aller Arbeitswilligen	6,89 h
Vollautomatisierung	4,91 h

Wenn wir es also den gedanklichen Sprung wagen, die Frage einer menschenwürdigen und ökologisch verträglichen Bedarfssicherung wirklich unabhängig von der Lohnarbeit zu denken, öffnet sich plötzlich ein weiter Horizont von Möglichkeiten. Es wird deutlich, dass eine gesellschaftliche Umsteuerung zugunsten von weniger Lohnarbeit und mehr Lebensqualität für alle letztendlich eine **politische** Entscheidung ist. Es ist eine politische Grundentscheidung, wie die Ökonomie einer Gesellschaft organisiert werden soll. Es muss gewollt werden, den Lebens- und Konsumstil auf das Leitbild der Dezentralität hin umzuorientieren, auf lokale Wirtschaftskreisläufe, die sich an den Grenzen der natürlichen Ressourcen orientieren, auf selbstbestimmte Produktionsabläufe und -ergebnisse, die nicht nachträglich nachhaltig gemacht werden müssen, auf überschaubare Einheiten in Entscheidungsfindung und Aktion.

In einem solchen Leitbild ist Natur nicht mehr „alles das, was nichts kostet“, und Arbeit kann zu dem werden, was sie ist, nämlich in hohem Maße sinn- und gemeinschaftsstiftende menschliche Tätigkeit mit dem Ziel der individuellen wie

¹ Grundsätzlich hierzu Lutz 1989 und Matthes 1983

² Zum Terminus der „Herausgefallenen“ vgl. Kurz 1999.

³ Ein Beispiel hierfür ist das Konzept des „Existenzgeldes“ mit seiner Forderung: 1500 DM + Miete. Vgl. Materialsammlung Existenzgeld.

⁴ Zum weiteren Verständnis von Aneignung vgl. Bayer 1999.

⁵ Zitiert nach Schlemm www.thur.de

kollektiven Selbstentfaltung. Der Wert der Arbeit richtet sich nach dem, was gemeinsam für gesellschaftlich sinnvoll und notwendig gehalten wird.

Wirtschaftliche Selbsthilfe kann ein zentrales Medium der gesamtgesellschaftlichen Umsteuerung sein. Sie wird dann aus ihrer bisherigen gesellschaftlichen Nischenfunktion herauskommen, wenn sie sich in den Kontext einer breit angelegten, milieuunabhängigen Aneignungsbewegung⁶ stellt.

Aufgabe dieser Aneignungsbewegung ist es:

- die Eigentumsfrage zu stellen
- Mehrfachstrategien zu entwickeln: Experimentieren mit neuen Formen des Zusammenlebens und Arbeitens jenseits der Sphären von Markt und Staat, gleichzeitig aber den Staat nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen
- offensiv die Frage nach der gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Arbeit in die Debatte einbringen
- intelligente Formen der Selbstversorgung kreieren, die nicht nur Bedarfsdeckung, sondern auch noch lustvolles Miteinander und lebendige Tätigkeit ermöglichen!

Wirtschaftliche Selbsthilfe im Sinne einer Ökonomie von unten (Ökonomie von unten = Ökonomie der direkten Beziehungen der am Gütertausch beteiligten Menschen, Gruppe Gegenbilder 2000) zielt, zusammen mit anderen Widerstandsformen, auf eine befreite Gesellschaft jenseits von Markt- oder Staatskapitalismus, in der Individuen ausschließlich auf der Basis freier Vereinbarungen kooperieren. In einer freien Gesellschaft hat jeder Mensch freien Zugriff auf die angesammelten Erfahrungen aller Menschen. Die Existenz von Strukturen, die um ihrer selbst willen agieren und deren Spielregeln den Zugriff auf selbstbestimmte Lebensmöglichkeiten verhindern (Wirtschaftsministerien, WTO, Banken, Patentämter, Kontrollbehörden etc.), widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung.

Ich gehe davon aus, dass es – ohne den Zwang zu Profit- und Gewinnorientierung - niemandes Bedürfnis ist, Atomkraftwerke zu bauen, Kriege zu führen oder Natur systematisch in Müll zu verwandeln. In einem System, das frei ist vom Zwang des einzelnen, sich auf Kosten des anderen zu behaupten, wie ihn der Zwang zur Kapitalakkumulation mit sich bringt, muss ein gemeinwesenorientiertes /bedürfnisorientiertes Wirtschaften (C. Möller) nicht mit moralischen Argumenten erkaufte werden. Es gehört vielmehr selbst zu den fundamentalen Bedürfnissen des einzelnen, das Zusammenleben mit anderen – wie auch die Organisation von Gütern des täglichen Bedarfs – sinnvoll und effektiv zu gestalten.

In der jetzigen Gesellschaft ist der Markt das Medium, oder besser: der Holzweg - der Vergesellschaftung – mit allen Konsequenzen bis hin zur totalen Inwertsetzung des Subjekts und des Lebens (am radikalsten in der Gentechnologie). In der Vergesellschaftung, die wir wollen, werden direkte wirtschaftliche Kontakte organisiert und von den beteiligten Menschen selbst verwaltet.

„In der befreiten Gesellschaft wird die totale Bestimmung der Menschen durch den Wert abgelöst durch die Bestimmung aller Angelegenheiten der Menschen durch die Menschen selbst. Nur so – und nicht anders – sind die Verheerungen des monströsen Kapitalismus wieder in lebbarere Verhältnisse umkehrbar – in Natur wie Gesellschaft.“
(Gruppe Gegenbilder 2000: 69)

⁶ Dazu vgl. die aktuellen umsonst-Kampagnen, z.B. www.berlin-umsonst.tk oder die aktuelle Debatte zum Aneignungsbegriff. Dazu Candeias, 2004.

Grundzüge einer bedürfnisorientierten Ökonomie

Folgende gemeinsame Grundannahmen aktueller Konzepte bedürfnisorientierten Wirtschaftens lassen sich erkennen:

- Der makroökonomische Prozess der Globalisierung wird als Grundlage gesehen für den Bedeutungsgewinn des Lokalen (Mertens 2002: 21 und Vellay 2002: 17).
- Krise und Verfall der traditionellen Institutionen der Arbeitsgesellschaft, die sich räumlich abbildet in den ehemaligen Zentren der industriellen Produktion, z.B. durch Industriebrachen (ebd.), werden begriffen als Ausgangsbasis für neue gesellschaftliche Experimente, die die entstandenen „Leerräume“ mit Zukunftsvisionen füllen sollen ⁷.
- Mit dem Zusammenbrechen des Mythos „Normalerwerbsbiografie“ wird ein erneutes Aufbrechen der Fragen von Bedürfnisbefriedigung im Wohnumfeld (ebd.) analysiert.
- Nach wie vor nimmt die Frage der Neubewertung von unbezahlter Arbeit einen breiten Raum ein ⁸, sei es durch Aufwertung von Subsistenztätigkeit in Projekten wie den Internationalen Gärten (Müller 2002: 44), sei es durch die „soziale Einbettung des Wirtschaftens in Formen gemeinsamer Existenzsicherung“ (Emons 2002: 68). Als Merkmale „Neuer Arbeit“ wird ein „kritisches Wechselspiel von marktbezogener Arbeit und Gemeinschaftsarbeit“ gefordert.

Es geht darum, deutlich zu machen: ein Wirtschaften ist möglich, das über die Logik von Kapital und Markt hinausgeht. Hierzu wird auch teilweise wieder der Anschluss an die sozialen Bewegungen gesucht ⁹.

Subsistenz- und Lohnarbeit – zwei Seiten derselben Medaille

Es ist das besondere Verdienst der **Subsistenztheorie**, die zentrale Bedeutung der Subsistenzproduktion – d.h. der gebrauchswertorientierten, unmittelbar auf die Herstellung und Erhaltung des Lebens gerichteten Arbeit - für das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise herausgearbeitet zu haben (Baier/Müller o.J.). ¹⁰ Entgegen der dem gesellschaftlichen Grundkonsens westlicher Demokratien zugehörenden Erwartung, die Subsistenzproduktion werde im Zuge fortschreitender Entwicklung überall auf der Welt von der Warenproduktion abgelöst, ist heute das komplette Gegenteil, nämlich die Ausweitung des Sektors unbezahlter, schlecht bezahlter und prekärer Arbeitsverhältnisse insbesondere für Frauen zu beobachten. ¹¹ Nach wie vor bildet die Subsistenzarbeit einerseits die stoffliche Basis des sog. Erwerbsarbeitssektors ¹², durch dessen Produktionsweise sie andererseits zerstört wird.

Der analytische Begriff Subsistenz beinhaltet gleichzeitig die Vision einer möglichen Zukunft, die das Überleben der Menschen sowie eine neue Lebensqualität für alle sichern kann. Subsistenz in diesem Sinne meint Selbstversorgung im umfassenden Sinne von „Aus-sich-selbst-Leben“, Autonomie und Selbstbestimmung.

⁷ S.u. das Projekt Interkulturelle Gärten.

⁸ Hier ist am deutlichsten die Kontinuität zur post-68iger Debatte erkennbar (s. Emons 2002: 66 und Möller 2001).

⁹ Sehr deutlich im Falle der Sozialistischen Selbsthilfe Mühlheim (SSM) der Bezug auf eine soziale „Aneignungsbewegung“ (Emons 2002).

¹⁰ Subsistenz ist zunächst ein kritischer polit-ökonomischer Begriff, der die in der marxistischen Theorietradition systematisch ausgeblendeten Formen der gesellschaftlichen Arbeit sichtbar machen soll. Die Subsistenzarbeit, die nicht entlohnt wird und keinen Mehrwert abwirft, sichert dem Kapital dadurch Profit, dass die Reproduktionskosten der Arbeitskraft in die Privatsphäre externalisiert werden. Markt- und Subsistenzproduktion sind also zwei Seiten einer Medaille und bilden die Grundlage der kapitalistischen Akkumulation.

¹¹ Dazu s. C.v. Werlhofs These von der „tendenziellen Verallgemeinerung hausfrauierter Arbeitsverhältnisse“ (C. v. Werlhof 1983).

¹² Vgl. hierzu auch Möller: „Hier werden Leistungen angeboten, die nicht profitabel zu vermarkten, aber notwendig sind, um den Ersten Sektor (Privatwirtschaft) und den Zweiten Sektor (Staat) funktionsfähig zu halten.“ (Möller 2001)

Modelle einer Gemeinwesenökonomie

Auch in der feministisch orientierten **Gemeinwesenökonomie bzw. bedürfnisorientierten Ökonomie** ist der Gedanke der Bewertung von Arbeit und Wirtschaften aus der Sicht der Reproduktion¹³ zentraler Ausgangspunkt. Ziel des Wirtschaftens ist die Absicherung individueller und gemeinsamer Bedürfnisse (materieller wie immaterieller) im Lebensumfeld vor Ort. Auf der Basis einer nicht-patriarchalen Arbeitsweise soll es gelingen, den ursprünglichen Zweck der Arbeit, „Mittel zum Leben hervorzubringen“, gegenüber „der selbstzweckhaften Warenproduktion“ wieder herzustellen (Möller / Peters 1998: 29).

In der Praxis existiert bedürfnisorientiertes Wirtschaften in Modellen von Teilselbstversorgung, die durch fremdbestimmte Erwerbsarbeit ergänzt wird (Möller 1996: 11). Bedürfnisorientiertes Wirtschaften produziert aber ausdrücklich nicht für diesen Markt. Der Wert der geleisteten Arbeit ist vielmehr zu messen an ihrem Wert für die gemeinsame Selbstversorgung, das Wirtschaften für das „gemeinsame Eigene“ (Möller 1997).¹⁴

In ähnlicher Weise, wenn auch verbunden mit einer weniger radikalen Kritik am kapitalistischen Marktmechanismus, thematisiert das Konzept **New Work** (Bergmann 1997) die beiden Arbeitskomponenten Erwerbsarbeit und Eigenversorgung als tragende Säulen eines zukunftsfähigen Arbeitsbegriffs, ergänzt um den Bereich des „calling“, das der individuellen Selbstentfaltung dient.

Selbstversorgung und Selbsthilfe sind schließlich auch zentrale Bestandteile der **Selbstentfaltungsökonomie**¹⁵, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Gemeinwesenökonomie Schlemm sehr deutlich herausgearbeitet hat. Als zentralen Gegensatz sieht sie die größere Ausrichtung der Selbstentfaltungsökonomie auf das Individuum¹⁶ und dessen Bedürfnisse und, damit verbunden, ein Verständnis von Selbstversorgung als „kreative Tätigkeit“ und „Teil der individuellen Selbstentfaltung“ basierend auf freien Vereinbarungen. Entsprechend werden die Ziele des Wirtschaftens - wie z.B. nicht-patriarchale Arbeitsstrukturen, ökologisch sinnvolles Wirtschaften, Zukunftsfähigkeit etc. - nicht als sozusagen von außen herangetragene moralische Forderung gedacht, die in einem gemeinsamen Prozess realisiert werden müssen, sondern als bereits immanent in der individuellen Bedürftigkeit enthaltene (Gruppe Gegenbilder 2000: 25).¹⁷ Entscheidungsfindung, Art und Reichweite der Kooperation (bilateral, lokal, international) werden auf der Basis der Freien Vereinbarung (Spehr 200) geregelt. Globale Vernetzung wird „als unabdingbar für die Erzeugung komplexer Infrastrukturen und Produkte“ mitgedacht. Weiterhin gehört zum Selbstverständnis der Selbstentfaltungsökonomie ein totaler Abschluss jeglicher wertförmiger Verhältnisse und Beziehungen, also auch von Geld, Tausch oder ähnlichem (Meretz 2000b).

Demgegenüber werden dualwirtschaftliche Konzepte aus einer radikalen Abkopplungsperspektive heraus diskutiert u.a. bei Kurz. Kurz und die Gruppe Krisis halten Formen bedürfnisorientierten Wirtschaftens für unvereinbar mit den „Keimformen mikroelektronischer Naturalwirtschaft“, die ihrerseits in keinen „Austausch mit den mit den Formen des warenproduzierenden Systems treten und dieses nicht in friedlicher Koexistenz ergänzen können“ (Kurz 1997: 79).

„Die Organisation einer emanzipatorischen Bewegung kann daher weder allein von den Strukturen der kapitalistischen Arbeitsteilung (Betrieben) noch allein von einer territorialen Basis (Wohngebieten) ausgehen, sondern sie muss bereits die (anti)ökonomische Keimform einer alternativen Reproduktion enthalten. Eine solche emanzipatorische, das Privateigentum an den Produktionsmitteln überwindende Keimform „mikroelektronischer Naturalwirtschaft“ ist aber nicht an beliebigen Punkten der (zunächst in kapitalistischer Form vorgefundener) Strukturen der Reproduktion darstellbar, sondern nur an den Endpunkten: dort, wo die Produktion in die Konsumtion übergeht. Denn nur an diesen Endpunkten ist die Konstitution eines sozialen Raums der Kooperation möglich, deren Tätigkeiten nicht wieder auf den Markt zurückführen, sondern in ihren Resultaten von den Beteiligten selbst konsumiert werden.“ (aaO: 76)

¹³ „Die Reproduktion des Lebens ist das Ergebnis von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung, in die alle Personen mit gleichen Rechten und gemäß ihren Möglichkeiten einbezogen sind. Eine eigenständige Existenzsicherung resultiert aus bezahlten und unbezahlten Leistungen für gesellschaftlich notwendige und ökologisch sinnvolle Arbeiten.“ (Möller 2001)

¹⁴ Ziel eines bedürfnisorientierten, solidarischen Wirtschaftens ist es, Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben wieder zu verbinden mit der Absicht, eine gute und sich möglichst verbessernde Lebensqualität auf der Basis einer lokal orientierten und überörtlich vernetzten Selbstversorgung für alle herzustellen. Es ist ein Wirtschaften und Arbeiten für ein "gemeinsames Eigenes" (Möller 2001).

¹⁵ Entstanden aus dem Ökonux-Diskussionszusammenhang zur Produktionsweise von Freier Software (www.opentheory.org).

¹⁶ Das "gemeinsame Eigene" (Möller 2001) versus „gemeinsame Eigeninteressen" (Meretz 2000).

¹⁷ Dazu Möller: „Es sind Soll-Aussagen, die sich in einem permanenten gesellschaftlichen Diskurs herausbilden und verändern. Sie weisen dem ökonomischen Handeln eindeutig dienende Funktion zu, sind also übergeordnete Leitbilder. Aus ihnen leiten sich dann spezifische Vorgaben ab zur Gestaltung des gemeinsamen Wirtschaftens und Arbeitens.“ (Möller 2001) Der Gegensatz scheint uns von Schlemm teilweise konstruiert.

Letztendlich berührt diese Diskussion die Frage, ob Formen bedürfnisorientierten Wirtschaftens eine das System „aufhebende“ Energie entfalten können oder aber umgekehrt (wie historisch der häufigere Fall...) vom System selbst aufge-sogen werden.

Konkrete Formen dezentraler Ökonomie sind:

- Tausch
- Tauschringe
- direkte Hilfe und Unterstützung (Nachbarschaften, Kieze, Hofgemeinschaften usw.)
- Kooperativen – gemeinsame Absicherung (Kranken-/Altersversicherung), gemeinsame Energieversorgung
- Direktvermarktung – gemeinsame Vereinbarung von Produktion - weitergehend: Bedürfnisorientierung (Erzeuger-VerbraucherInnen-Gemeinschaften, mit festen Absprachen, Gemeinschaftsbesitz usw.)
- gemeinsames Eigentum (Geräte, Maschinen, Computer, Küchen usw.).

Gemeinsam ist diesen Formen die Grundeinsicht, dass durch gemeinsame Nutzung Geld gespart werden kann, das an-sonsten vom einzelnen erst einmal erwirtschaftet werden muss. (Gruppe Gegenbilder 2000: 73f.)

Durch diese Formen direkter Ökonomie können wir dem Markt Energie entziehen: wir organisieren unseren Wohnraum in gemeinschaftlichen / neutralisierten Eigentumsformen, wir bauen unsere Nahrungsmittel auf öffentlichem Grund und Boden an oder beziehen sie direkt vom Bauern, wir kochen in Gemeinschaftsküchen, wir kümmern uns gemeinschaftlich um die Kinder- und Altenbetreuung, wir nutzen allen zugängliche Kommunikationsmittel, wir erhalten und erwei-tern den großen Schatz menschlicher Fähigkeiten und menschlichen Wissens, das täglich zerstört wird, wir richten un-sere Energie auf die Frage, wie wir unser Leben reich und mit möglichst wenig Arbeit genussvoll gestalten können. ...

Darüber hinaus thematisieren wir öffentlich die „Kolateralschäden“ der gegenwärtigen Wirtschaftsweise (Nefiodow 1999: 105 schätzt die Folgekosten des heutigen Wirtschaftens weltweit auf jährlich 20 Billionen Dollar bei einem Weltsozialprodukt von 28 Bill. Dollar), die im Rahmen von bezahlter – und damit gesellschaftlich anerkannter und heißbegehrter- Arbeit gewissenlos Natur auf Dauer von Generationen zerstört und Menschen über Leistungsdruck, An-passungsmoral und Mobbing zu psychischen Wracks macht.

Interkulturelle Gärten als Beispiel für intelligente Selbstversorgung

Die Interkulturellen Gärten, bekannt geworden durch die Internationalen Gärten Göttingen¹⁸ können auf eine fast 10jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und anderswo artikulieren ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstversorgung, indem sie in Erinnerung an die in ihren Heimatländern zurückgelassenen Hausgärten auf öffentlichem Grund Nahrungsmittel anbauen. Die Gärten werden bald zum Ausgangspunkt eines viel-fältigen sozialen Gefüges: ehemals Machtlose erhalten durch die Möglichkeit der Produktion von Lebensmitteln plötz-lich Eigenmacht, aus an den Rand Gedrängten werden Gebende - Subjektwerdung im besten Sinne. Durch den Kontakt mit der Erde, mit dem Lebendigen entstehen heilsame Prozesse, die in vielen Fällen ein Schlüssel zur konstruktiven Auflösung von Traumatisierungen sind. Das Ganze ohne politischen Überbau, ohne Organisation, ohne wissenschaftli-chen Diskurs – zumindest zu Anfang. Selbstorganisation, gesellschaftliche Aneignung von unten im idealtypischen Sin-ne.

Natürlich schreitet die Überbaubildung voran. Unter dem Dach der Interkulturellen Gärten entsteht seit geraumer Zeit ein erweitertes Konzept von Integration mit dem Ausgangspunkt der „Verwurzelung“.

Dabei bietet die Idee und die Praxis der Interkulturellen Gärten in vielfältiger Hinsicht Anknüpfungspunkte für einen antikapitalistischen Diskurs. In den Gärten können Menschen aktiv werden, die ihrer allgemeinen Unzufriedenheit mit den Bedingungen der täglichen Bedarfsdeckung Ausdruck verleihen wollen: Naturfreaks, PermakulturphilosophInnen, MigrantInnen aus nahen und fernen Ländern, Gentechnik-KritikerInnen und auch solche, die einfach nur Lust haben auf Nachbarschaftskontakte. Die Tätigkeit des Gärtnerns knüpft an menschliche Urbedürfnisse nach Kontakt an, nach sich-Umgeben mit Schönheit und Lebendigkeit, nach Wachstum und Selbstentfaltung, selbstbestimmter Gestaltung und Ein-flussnahme. Ein im besten Sinne „geerdetes“ Projekt, das die Chance in sich trägt, endlich milieuunabhängig die gesell-schaftliche Aneignungsfrage zu stellen.

¹⁸ www.internationale-gaerten.de

Insbesondere Stadtgärten sind ein Ort, der die Widersprüche der aktuellen Gesellschaftsformation intensiv erfahrbar macht: die Stadt ist Abbildung der modernen Produktionsweise, der Entfremdung des Menschen von natürlichen Kreisläufen und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch das Prinzip der Wertschöpfung. Gerade seit den neunziger Jahren wird der urbane Raum zunehmend dem Zugriff der Kommerzialisierung unterworfen. Stadt, das ist Vernutzung von Natur und deren Umwandlung in riesige Ansammlungen von Dreck, Gestank, Lärm und Abfall – und gleichzeitig ein Ort erhöhter sozialer Komplexität. Die entfremdeten Bedingungen münden immer wieder in die Forderung nach deren Überwindung. Eine dieser Forderungen ist die nach Räumen eigenmächtiger Produktion.

Meine These lautet: Die Bewegung der Interkulturellen Gärten ist in der Lage, eine Aneignungsstrategie zu entwickeln, wenn sie es denn politisch will. „Alles für alle“ kann zu einer antikapitalistischen Perspektive werden, die alltagspraktische Handlungsmöglichkeiten für viele eröffnet. Sie wird es allerdings nicht sozusagen „automatisch“ und von alleine.

Sie wird es nur in Verbindung mit anderen Formen der Kritik, der Debatte und des konkreten Widerstands. Sie hat das Potenzial, seit Jahren geführte theoretische Debatten mit Leben und Praxis zu füllen und von dieser Praxis die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum und Reichtum, nach der Organisierung von Produktion und Arbeit, nach neuen Formen gesellschaftlicher Organisierung zu stellen. Was hierzulande teilweise den Charakter symbolischer Politik in sich trägt, findet seine Ergänzung im globalen Kontext von Landlosen- und anderen Bewegungen in den Ländern des Südens. Hier wie dort geht es um die Vermittlung von sozialen Konflikten, um neue Erfahrungen und neue Standpunkte in der Debatte. Und damit stehen wir erst am Anfang.

Literatur

Baier, Andrea / Müller, Christa (o.J.): Der Bielefelder Subsistenzansatz. Unv. Man., ITPS Bielefeld.

Bayer, Kristina (1999): Perspektiven von Selbstorganisation in der Transformation der Arbeitsgesellschaft. Dipl. Arbeit am FB Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Unv. Man.

Bergmann, Frithjof (1997): Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 9-10/ 97, 524-534.

Ders. (1998): Was ist „Neue Arbeit“? <file:///A/basalt.html>.

Candeias, Mario (2004): „Eigentum und Diebstahl“. In: junge welt vom 05.04.2004

Dante, D. (1992): 5 Stunden sind genug. Marne.

Gruppe Gegenbilder (2000): Freie Menschen in Freien Vereinbarungen - Gegenbilder zur EXPO 2000, Saasen 2000.

Kurz, R. (1997): Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des „Marxismus“. In: Krisis 19, beiträge zur kritik der warengesellschaft, 51-105.

Ders. (1999): Ökonomie der Ausgrenzung. Der globale Krisenkapitalismus und der Balkan. In: Jungle World Nr. 19 / 5. Mai 1999, 15-18.

Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jh. Frankfurt a.M.: Campus.

Materialsammlung zur Konferenz (1999) „Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft“, Berlin, 18.21.März 1999.

Matthes, J. (Hg.) (1983): Krise der Arbeitsgesellschaft. Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a.M., New York: Campus.

Meretz, Stefan (2000a): LINUX & Co. Freie Software - Ideen für eine andere Gesellschaft. Neu-Ulm 2000

Meretz, Stefan (2000b): Freie Software und die Ideen für eine alternative Ökonomie. Thesen für den TAK-AÖ-Workshop am 31.08.2000.

Mertens, Heide (2002): „Neue Arbeit“ für Mühlheim und der Umbau des Sozialstaates: Zu den ökonomischen Grundlagen für Selbstorganisation und Empowerment. In: Stiftung Fraueninitiative, 21-30.

Möller, Carola (1996): Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie. Aus: Bundesweites Feministisches Bündnis (BFB), Rundbrief Nr. 4/96.

Dies. u.a. (Hg.) (1997): Wirtschaften für das "gemeine Eigene". Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin.

- Dies./Ulla Peters (1998): AG: Anders wirtschaften - arbeiten - leben. Feministische Ansätze zu einer gemeinwesenorientierten Ökonomie. In: Rundbrief Alternative Ökonomie. Nr. 84, 3-1998, S. 29-31.
- Dies. (2001): Theoretische Zugänge zu solidarischer Ökonomie aus feministischer Sicht. In: Rundbrief Alternative Ökonomie Nr. 93, 1-2001, S. 32-36
- Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: ökom.
- Nahrada, Franz (o.J.): Globale Dörfer und Freie Software.
http://erste.oekonux-konferenz.de/programm/db/ox_event_27.html
- Schwendter, Rolf (1978): Zur Alternativen Ökonomie III. Materialien der AG SPAK M 35. München: Sozialpolitischer Verlag SPV.
- Ders. (1989).: Alternative Ökonomie. Geschichte, Struktur, Probleme. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B26/89, 23.Juni 1989.
- Ders. (2001): Von der Theorie der Subkultur zur Theorie der Vernetzung. In: Rundbrief Alternative Ökonomie Nr. 93, 1-2001, S. 19-25.
- Spehr, Christoph (2000): Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation. Zugleich Beantwortung der von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg gestellten Frage: "Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?", Bremen 2000.
- Stiftung Fraueninitiative (2002): Prozesse der Selbstorganisation – Empowerment in städtischen Krisengebieten. Internationale Fachkonferenz vom 21.-23.Februar 2002 in Köln. Tagungsdokumentation, Köln.
- Schlemm, Annette (2001): OEKONUX - die etwas andere Alternative Ökonomie. In:
<http://www.thur.de/philo/andereoekonomie.htm>
- Vellay, Irina (2002): Räumliche Strategien – Das Stadtviertel als Ausgangspunkt für ein gemeinsames Eigenes. In: Stiftung Fraueninitiative Köln, S. 16ff.
- Dies. / Maria Mies / Veronika Bennholdt-Thomsen (1983): Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek.
www.berlin-umsonst.tk

Der Internationale Genossenschaftsbund Stellungnahme zur genossenschaftlichen Identität

Definition

Eine Genossenschaft ist eine selbständige Vereinigung von Personen, die sich auf freiwilliger Basis zusammenschließen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und ihre Vorstellungen in einem Unternehmen zu verwirklichen, das ihnen allen gemeinsam gehört und demokratisch geleitet wird.

Werte

Genossenschaften basieren auf Werten wie Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Demokratie, Gleichheit und Solidarität. Genossenschaftsmitglieder glauben in der Tradition ihrer Gründerväter, an ethische Werte wie Ehrlichkeit, Offenheit, soziale Verantwortung und Bemühen um den Anderen.

Grundsätze

Die genossenschaftlichen Grundsätze dienen den Genossenschaften als Richtlinien, mit deren Hilfe sie ihre Werte in die Praxis umsetzen.

Grundsatz Nr. 1: Freiwillige und offene Mitgliedschaft

Genossenschaften sind Organisationen auf freiwilliger Basis, die jedem offen stehen, der ihre Dienste in Anspruch nehmen kann und der bereit ist, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verantwortungen ohne jegliche Diskriminierung von Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse und politischer oder religiöser Überzeugung zu akzeptieren.

Grundsatz Nr. 2: Demokratische Entscheidungsfindung durch die Mitglieder

Genossenschaften sind demokratische Organisationen, die von ihren Mitgliedern kontrolliert werden. Diese arbeiten aktiv mit, indem sie ihre Politik selbst bestimmen und durch demokratische Entscheidungen umsetzen. Männer und Frauen, die als gewählte Vertreter arbeiten, sind der Gesamtheit der Mitglieder rechenschaftspflichtig. In Genossenschaften auf unterster Organisationsebene haben Genossenschaftsmitglieder grundsätzlich gleiches Stimmrecht (ein Mitglied, eine Stimme); Genossenschaften auf Ebenen sind ebenfalls demokratisch organisiert.

Grundsatz Nr. 3: Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder

Genossenschaftsmitglieder zahlen zu gleichen Teilen das Kapital ihrer Genossenschaft ein, über das sie auch eine demokratische Kontrolle ausüben. Zumindest ein Teil der Rücklagen verbleibt in der Regel im gemeinschaftlichen Eigentum der Genossenschaft. Die Mitglieder erhalten einen begrenzten Ausgleich, wenn überhaupt, für das von ihnen gezeichnete Kapital, dessen Einzahlung Grundbedingung für die Mitgliedschaft ist. Die Mitglieder verwenden Erträge für einen beziehungsweise alle der nachfolgend aufgeführten Zwecke: Weiterentwicklung ihrer Genossenschaft, soweit möglich durch die Bildung von Rücklagen, von denen zumindest ein Teil unteilbar ist, Begünstigung der Einzelmitglieder im Verhältnis zu der von diesen für die Genossenschaft erbrachten Leistungen und Förderung anderer, von den Mitgliedern beschlossener Aktivitäten.

Grundsatz Nr. 4: Autonomie und Unabhängigkeit

Genossenschaften sind autonome Selbsthilfe-Organisationen, die von ihren Mitgliedern kontrolliert werden. Wenn sie Vereinbarungen mit Dritten, auch Regierungsstellen treffen oder wenn sie Fremdkapital aufnehmen geschieht dies so, dass die demokratische Kontrolle durch die Mitglieder und der Fortbestand der genossenschaftlichen Autonomie gewährleistet sind.

Grundsatz Nr. 5: Ausbildung, Fortbildung und Information

Genossenschaften gewährleisten Aus- und Fortbildung ihrer Mitglieder, ihrer gewählten Vertreter ihrer Geschäftsführer und Angestellten, so dass diese zur Fortentwicklung ihrer Genossenschaft wirksam beitragen können. Darüber hinaus informieren sie die Öffentlichkeit - besonders die Jugend und die meinungsbildenden Multiplikatoren - über Art und Vorzüge der Genossenschaft.

Grundsatz Nr. 6: Kooperation mit anderen Genossenschaften

Genossenschaften dienen den Interessen ihrer Mitglieder am wirksamsten und stärken die Genossenschaftsbewegung am ehesten durch die Kooperation durch den örtlichen, regionalen, nationalen und internationalen Strukturen.

Grundsatz Nr. 7: Vorsorge für die Gemeinschaft der Genossenschaft

Durch die von ihren Mitgliedern beschlossene Politik arbeiten die Genossenschaften an der nachhaltigen Entwicklung ihrer Gemeinschaften.

Die Wir-eG fügt den alten obersten Grundsatz, der Produktionsgenossenschaften von Verbrauchergenossenschaften trennt, wieder hinzu:

Grundsatz Nr. 8: Identitätsprinzip

Genossenschaften ermöglichen, dass der Mieter in Wohnungsbaugenossenschaften (kollektiver) Vermieter, der Konsument in Konsumgenossenschaften (kollektiver) Krämer/Händler/Produzent, der Schuldner /Kreditnehmer in Genossenschaftsbanken sein eigener (kollektiver) Gläubiger/Kreditgeber ist.

Raum für Notizen: